

Zunächst danke an unsere großartige Zivilcourage, und danke an unsere 16 Bürgermeister, die bereits 2014 TTIP, CETA und TISA abgelehnt haben und danke an unseren Landrat Herbert Eckstein, der das auch tut.

Es ist schön, in Roth und leben und aktiv zu sein!

TTIP, CETA und TISA werden Freihandelsabkommen genannt, in Wirklichkeit aber sind es **Ausbeutungsabkommen**, welche die Entwicklungs- und Schwellenländer erpressbar machen, die in der Folge zu noch mehr Flüchtlingen führen werden.

Die Befürworter nennen sie Freihandelsabkommen, in Wirklichkeit aber sind es Abkommen, die internationale Großkonzerne mächtiger machen als Staaten. Konzerne steuern die Wirtschaft und übernehmen letztendlich die Macht. Welch' eine Unterwerfung und Kapitulation der Politik gegenüber Konzernen!

Wer bitte unterschreibt solch einen Wahnsinn?

Alle Abkommen enthalten eine Investitionsschutzklausel, wodurch ausländische Konzerne unsere Bundesregierung verklagen können. Die Klagemöglichkeit reicht hinunter bis auf Bürgermeisterebene, wir haben das anhand der geleakten Dokumente dokumentiert.

Weiß eine Frau Merkel oder ein Herr Gabriel eigentlich, was sie damit den Kommunen zumuten? Sind sie völlig von Sinnen?

Heribert Prantl (SZ und selber Jahre lang Richter) brachte es auf den Punkt, als er sagte: "Der Investitionsschutz macht nicht nur Konzerne mächtiger als Staaten, er macht auch private Schiedsstellen mächtiger als unser Bundesverfassungsgericht. Warum? Weil sie die Macht haben, Gesetze, die vom Parlament erlassen wurden, zum Handelshemmnis zu definieren und Schadensersatz in Milliardenhöhe auszusprechen. Wir Bürger bezahlen!

Die Zahl der Investor-Staats-Klagen ist zwischenzeitlich explodiert. Es ist eine regelrechte Klageindustrie entstanden. Mittlerweile gibt es Prozessfinanzierfirmen, die tragen Namen wie Juridica (GB), Burford (USA) oder Omni Bridgeway (NL). Die OECD geht von durchschnittlichen Verfahrenskosten von 8 Mio. \$ aus. Welches mittelständische Unternehmen soll sich solch eine Klage leisten können, und welche Benachteiligung aller mittelständischen Unternehmen! Und der berühmteste Klagefinanzierer der USA, Selwyn Seidel, ist hauptsächlich damit beschäftigt, Investoren für Investor-Staatsklagen aufzutun. Ist ja auch praktisch; heutzutage müssen die großen Konzerne ihr Geld nicht mehr mit Waren und Dienstleistungen verdienen, sondern dadurch, dass sie einen Staat verklagen.

Sie spielen ein Spiel und das Spiel heißt "Staaten verklagen".

Was für einen Irrsinn machen die da eigentlich in Brüssel?

Dabei muss der Schaden gar nicht eingetreten sein, sondern die Konzerne können schon bei einer zu erwartenden Gewinnminderung klagen.

Das führt dazu, dass sich unsere Politiker auf allen Ebenen, von der Bundesebene bis zur kommunalen Ebene in vorauseilendem Gehorsam überlegen müssen, ob ein Beschluss, den sie fassen oder ein Gesetz, das sie erlassen, nicht die Gewinnerwartung eines Konzerns schmälern würde, um nicht verklagt zu werden.

Eines will einfach nicht in meinen Kopf hinein, wie kann man so naiv sein, sich politisch völlig selbst zu entmachten?

Inzwischen werden auf Basis von Investitionsschutzabkommen sogar schon Eurokrisenländer verklagt. Die Nürnberger Nachrichten berichteten am 10. März 2014: "Bei den Klagen gegen Spanien und Zypern geht es um eine Summe von 1,7 Mrd. €! Diese Klagen treiben auf lange Sicht jeden Staat in die Pleite! Viele Staaten wollen solche Abkommen schon nicht mehr unterzeichnen oder sie überlegen sich, wie sie da wieder rauskommen.

Und wer uns immer wieder versichert, unsere Standards würden nicht abgesenkt werden, der lügt uns geradewegs an oder er kennt die Klauseln nicht, die in den Abkommen stehen.

Es gibt in diesen Abkommen ausschließlich Standardsabsenkungsmechanismen:

Stillstandsklausel / Ratchetmechanismus / Living Agreement / Regulatorischer Kooperationsrat / Negativlistenansatz usw. und so fort

Hören Sie endlich auf, uns Bürger zu belügen und für dumm zu verkaufen, sonst werdet ihr unseren ganzen Zorn zu spüren kriegen!

Um uns gentechnisch veränderte Nahrungsmittel überzustülpen brauchen sie eine demokratiefreie Lösung - und genau das ist TTIP, CETA, TISA!

Diese antidemokratischen Abkommen sind der Türöffner für gentechnisch veränderte Nahrungsmittel, und sie werden unsere Landwirte gnadenlos in den Ruin treiben. Es wird zu einem "Unterbietungswettbewerb" kommen - derjenige, der am billigsten produzieren kann, wird das Rennen machen. Das amerikanische Landwirtschaftsministerium hat eine Studie veröffentlicht, die zu dem eindeutigen Schluss kommt: Die amerikanische Agrarindustrie wird der große Profiteur vom TTIP-Abkommen sein! So wie es auch schon beim nordamerikanischen NAFTA-Abkommen zwischen Kanada, den USA und Mexiko der Fall war!

Unserem Landwirtschaftsminister Christian Schmidt rufe ich zu: "Wachen Sie endlich auf, bevor es zu spät ist!"

Und nun komme ich zu einem handfesten Skandal erster Güte, nämlich Dem Trick mit der "Vorläufigen Anwendung"

Mit der Begründung der allzu langen Dauer des Ratifizierungsprozesses strebt die EU

nun einen Ratsbeschluss zur "**Vorläufigen Anwendung**" von CETA an.

Der Vertrag von Lissabon lässt das zu!

Und da stelle ich mir schon die Frage: wussten unsere Abgeordneten eigentlich, was sie unterschrieben, als sie den Vertrag von Lissabon unterzeichneten? Und wissen Sie, was sie unterzeichnen, wenn sie CETA, TTIP, TISA unterzeichnen? Ich fürchte NEIN!

Aus **Paragraph 218, Absatz 5** des **Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union** geht hervor, dass dazu nicht einmal die Zustimmung des Europa-Parlaments notwendig ist.

Somit wären alle demokratischen Instanzen (wie das EU-Parlament, Bundestag und Bundesrat) "außen vor".

Ja wozu wählen wir dann eigentlich dieses "Scheinparlament"? Hören Sie endlich auf, uns für dumm zu verkaufen, und übernehmen Sie Verantwortung für unsere Bürgerrechte!

Wörtlich heißt es:

"Der RAT erlässt auf Vorschlag des Verhandlungsführers einen Beschluss, mit dem die Unterzeichnung der Übereinkunft und gegebenenfalls deren vorläufige Anwendung vor dem Inkrafttreten genehmigt werden."

Und was sagt dazu das Bundeswirtschaftsministerium (Sigmar Gabriel) am 4. April 2016:

"Die vorläufige Anwendung völkerrechtlicher Verträge der EU ist im EU-Verfassungsrecht vorgesehen und entspricht der üblichen, langjährigen Praxis bei EU-Freihandelsabkommen. Immerhin haben wir der EU die ausschließliche Kompetenz zur Aushandlung und zum Abschluss von Handelsabkommen übertragen."

Diese "Vorläufige Anwendung" würde ausschließlich durch das "Inkrafttreten" des Abkommens beendet werden.

Mit anderen Worten: es gibt keine zeitliche Befristung!!!!

Bei einer Verschleppung von Parlamentsentscheidungen hat die "Vorläufige Anwendung" ewige Gültigkeit.

Das ist Verrat gegenüber uns Bürgern!!!! Das lassen wir uns nicht gefallen!

Wussten Sie im Übrigen, dass gewisse Teile des Ukraine-Abkommens, obwohl die Niederlande dem Abkommen noch nicht zugestimmt haben, ebenfalls "Vorläufige Anwendung" finden?

Da schlägt es einem als Bürger, der bisher an Demokratie und Bürgerrechte in

diesem Staat glaubte, schon die Sprache.

Und ich stelle mir die Frage, was uns Bürgerinnen und Bürgern da eigentlich für ein Theaterstück präsentiert wird, während in Brüssel hinter verschlossenen Türen Fakten geschaffen werden.

Unsere Abgeordneten dürfen 2 mal 2 Stunden in der Woche in einem kleinen Leseraum Einsicht nehmen in die Dokumente, um im Anschluss mit Niemandem darüber sprechen zu dürfen? Andernfalls machen sie sich strafbar!

Das hat mit einem demokratischen Grundverständnis nichts mehr, aber schon gar nichts mehr zu tun!

Frau **Merkel**, Herr **Gabriel** und Herr **Seehofer** - wir versprechen Ihnen an dieser Stelle eines:

Wenn Sie es wagen, CETA vorläufig und hinter unserem Rücken, mit List und Tücke in Kraft zu setzen, dann werden wir uns das nicht gefallen lassen!

CETA, TTIP und TISA sind nichts weiter als **Konzernermächtigungsabkommen**, zu Lasten von uns Bürgern, zu Lasten aller mittelständischen Betriebe, zu Lasten der Landwirte, der Kommunen und zu Lasten der Entwicklungsländer.

Und merken Sie sich eines: wer für diese Abkommen stimmt, stimmt gegen uns Bürger - den werden wir einfach nicht mehr wählen!

Wenn diese Abkommen in Kraft treten, haben wir eigentlich eine völkerrechtlich legitimierte Konzernregierung - dann wählen wir doch gleich die Konzerne!

Heute laufen wir uns nur warm für Hannover!

Wir lassen uns das nicht gefallen - und ich verspreche Ihnen, Sie werden den Zorn von uns Bürgern zu spüren bekommen! Spätestens am Wahlzettel - Wehren wir uns!